



Osaka

G20, Korea und Leitkulturen

Foto Shealah Craighead

**Tweetgipfel Korea**

Die Präsidenten Trump und Xi einigten sich am 29. Juni in Osaka darauf, ihren Handelszwist zu entschärfen, Gespräche wieder aufzunehmen und womöglich zum bereits erreichten Stand der Verhandlungen zurück zu gehen, als 90% der fraglichen Punkte bereits abgehakt waren. Jeder kam dem anderen entgegen. Während Amerika erlaubt, bestimmte Produkte an Huawei zu liefern, startet Beijing den Kauf von US-Agrarwaren. Also auch grünes Licht, dass Trump und Kim am Folgetag noch vorankamen.

Beide trafen sich in der **Demilitarisierten Zone**. Zugegen war Präsident Moon. Sie entfalteten einen dynamischen **Dreierreigen**. Der **Handel** Amerika-Südkorea folgt bald dem neuen Abkommen. Die Kernfrage ist, ob Trump mit der **Denuklearisierung**, darunter wohl 60 A-Waffen, in den zu startenden Treffen vorankommt, zumal es dazu kaum Alternativen gibt. Er meinte, Kim gewiss ins Weiße Haus einzuladen. Persönliche Beziehungen sind grundlegend, jedoch erwarten alle Resultate nach diesem historischen Moment. Nicht allein 80 Mio. Koreaner hoffen, denn die **Drei** bestätigten sich – nach dem nur kurzerhand ausgesandten Tweet Trumps.

Screenshot TWH Video

**Opposition**

Dazu gab es herbe Kritik, darunter von demokratischen Präsidentschaftsbewerbern wie Schmusen mit dem Diktator oder dessen Aufwertung. Aber viel ist angebahnt worden, so dass es nicht verwundert, dass Kim, kaum die Medien gewöhnt, davon sprach, das unglückliche Gestern zu verlassen (nach 66 Jahren noch immer nur Waffenstillstand), eine neue **Zukunft** mit positiven Chancen zu finden. Das nach deren Fehlschlag in **Hanoi**, was wieder passieren mag.

Die Opposition fiel in beiden TV-Debatten am 27./28. Juni auf, sich unrealistisch noch zu überbieten: offene Grenzen, freie Gesundheitsfürsorge für Illegale. Die New York Post sah darin einen **Punkt**, die Wahlen zu verlieren. Andere forderten Steuern bis zu 70% und freies Studium. Konservative wähten dahinter sogar sechs Punkte: illegale Grenzübertritte dekriminalisieren, Illegalen die Fahrerlaubnis-ID geben, plus freie Gesundheitsfürsorge, ihren Zulauf erhöhen, sie zu Bürgern, rasch zu Wählern zu machen, und mithin möglichst stets Wahlen zu gewinnen. Aber Amerika ist Mitte-rechts. Klimawechsel ist plötzlich alles, keine Kohlenwasserstoffe mehr zu benutzen – **Klimadispute** prägten auch den **G20-Gipfel**.

Klimaneutralität 2050?

Globalisten suchen die Welt ohne Grenzen, **Regionalisten** funktionierende Nationalstaaten als Basis aller Sozialkontrakte. Erstere gerieten in die Defensive, zumal das Geld anderer Leute rasch ausgeht. Nun verhüllen sie es in Klimanot, zwar ein ernster Faktor, aber kaum, um **Geld** für **CO2-Neutralität 2050** einzutreiben. Offene Grenzen und „kostenlose“ Sozialsysteme kollidieren. Ungeregt, gehen **Ordnungen** unter. **Bürger** mögen dies für sich realisieren, sich **demokratisieren** und angeben, wie sichere, landesgerechte **Immigration** glückt.

Insofern traf Präsident Putin einen Punkt, als er am 28. Juni erklärte, der Liberalismus sei obsolet. Wohl meinte er Linke, Liberaldemokraten, jüngst **Radikalsozialisten**, kaum die freiheitlichen, britisch initiierten Bewegungen des Privateigentums, die seit 300 Jahren Nationalstaaten samt **Demokratien** erzeugen, Individuen vor Kollektivismus stellen. Liberale, so Putin, könnten nicht mehr jedem alles diktieren – wie sie es zuvor Dekaden versuchten.

Kardinalfehler

Putin kritisierte Angela **Merkels** unilateralen Entschluss als Kardinalfehler, mehr als eine Mio. Flüchtlinge, meist aus Syrien, aufzunehmen. Hingegen lobte er Trumps Mühen, den Zufluss von Migranten und Drogen aus Mexiko zu stoppen. Die liberale Idee bringe es mit sich, nichts dagegen zu tun: Migranten gingen straflos aus, da ihre Rechte zu schützen wären. Aber jede Tat habe ihre Strafe. Jene liberale Idee gerate in Konflikt mit der Mehrheit.

Freilich bewirkte Putins **Syrienhebel** durch harte **Eingriffe** seit Oktober 2015 im siebenjährigen Krieg, dass noch mehr Flüchtlinge, darunter fünf Mio. Syrer, entstanden und nach Deutschland flohen. Hinzu kam Merkels Fehler, nicht reiche Golfaraber nahebei als Adressaten solcher Flüchtlinge zu gewinnen. So kam es zur Misere, wo laut Putin auch in Italien und Frankreich liberale Regierungen ihre **Bürger** fallen ließen, sinnlosen Multikulturalismus bejahten, dabei Kultur, Tradition und Familienwerte der Kernbevölkerung antasteten.

Daher rührten **Wählerrevolten**. Doch gibt es positiven Populismus gegen den Sumpf korrupter Politiker. Als Trump am 29. Juni in Osaka gefragt wurde, wie er Putins Worte sieht, ob westlicher Liberalismus obsolet sei, verwies er auf den Ruin in liberal geführten Städten wie Los Angeles oder San Francisco. Viele Parallelen, wie Teile Europas verfallen. Gerade Putin sieht dies, kommt er aus dem Sowjetreich als Inkarnation eines Linksmodells, dessen Teile im letzten Aufgebot heute den Westen kollektivistisch befallen. Sie zerstörten schon den Osten, gehen das beste Westmodell an, ohne Lehren des globalen Gesterns zu ziehen. Der Streit um EU-Spitzenposition zeigt es – warum nicht durch Direktwahl besetzen? Indes ist Wladimir W. **Putin** mit Iran immer noch dabei, al-Assad in **Idlib** gegen den **IS** zu stützen.

Leitkulturparagraf

Der Bundestag bahnte am 27. Juni an, das Staatsangehörigkeitsrecht für Terrorkämpfer, mehrfach Verheiratete und Identitätstäuscher zu verschärfen. Passenzug ist bei Falschidentität möglich. Ausländer die Staatsangehörigkeit zu verleihen, sei fortan abhängig von deren „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“, was sich auch gegen „Vielehe“ richtet. Das sei eine Art von Leitkulturparagraf, kritisieren dies Linke. Der Bundesrat billigte am 28. Juni das Migrationspaket, das die Zuwanderung und **Abschiebung** reguliert. Polizei und Ausländerbehörden erhalten mehr Befugnis zu Migranten und Asylanten. Eine so überfällige Reform.

Am 28. Juni traf Präsident Trump auf dem G20-Gipfel Kanzlerin Merkel. Er erwähnte, Präsidialbewerber wollen illegalen Immigranten 100% Gesundheitsfürsorge geben, sagten aber nicht, was sie Amerikanern zubilligen. Hingegen wurden in Deutschland Immigranten zu **Anspruchsberechtigten** erhoben, der Haushalt geriet in Schräglagen. Viele möchten gern helfen, aber nicht in Massen. Das Weiße Haus tweetete, Trump und Merkel erörterten Iran. Er habe **Merkel** angehalten, Amerika zu folgen, Iran unter **Maximaldruck** zu behalten. Sie erklärte länger, wie sie Iran in die **Diplomatie** bringe, was sie favorisiere. Keine Einheit mit **E3**-Europäern – läuft das Iran-Szenario?



Wolfgang G. Schwanitz